



Bericht und Beschlussempfehlung

des Wirtschaftsausschusses

Einführung der Pkw-Maut verhindern

Antrag der Fraktionen von FDP und PIRATEN
Drucksache 18/2224 (neu)

Sinnvolle Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/2263 - selbstständig -

Der Ausschuss hat sich mit den ihm durch Plenarbeschluss vom 11. September 2014 überwiesenen Anträgen in seiner Sitzung am 26. November 2014 befasst.

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und PIRATEN empfiehlt der Wirtschaftsausschuss dem Landtag die Ablehnung des Antrags der Fraktionen von FDP und PIRATEN, Drucksache 18/2224 (neu).

Mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN empfiehlt der Wirtschaftsausschuss dem Landtag sodann die Annahme des für selbstständig erklärten Änderungsantrags der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/2263, in der nachstehenden, geänderten Fassung:

„Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag bittet die Landesregierung, den bisherigen Plänen der Bundesregierung für eine Pkw-Maut im Bundesrat nicht zuzustimmen.

Der Schwerlastverkehr trägt überproportional zum Infrastrukturverschleiß bei. Daher ist eine Ausweitung der Lkw-Maut hinsichtlich der Fahrzeug- und der Straßenkategorien umzusetzen.

Sollte an den Plänen für eine Pkw-Maut seitens der Bundesregierung festgehalten werden, wird die Landesregierung gebeten, sich dafür einzusetzen, dass

- die Maut europarechtskonform ausgestaltet wird und ausländische Verkehrsteilnehmer nicht diskriminiert werden,
- es eine Ausnahmeregelung für die betroffene deutsch/dänische Grenzregion geben muss,
- die Maut-Kontrollbehörde beim Kraftfahrtbundesamt angesiedelt und der Standort in Flensburg ausgebaut wird und
- Schleswig-Holstein an den zusätzlichen Einnahmen aus der Pkw-Maut angemessen partizipiert.

Der Landtag kritisiert das Vorhaben, in diesem Zusammenhang automatisiert und massenhaft Fahrzeuge zu fotografieren, Kfz-Kennzeichen zu scannen und Standort sowie Fahrtrichtung zu erfassen.

Der Landtag spricht sich dafür aus, dass die Landesregierung bei der Bundesregierung darauf hinwirkt, im Sinne der ‚Bodewig-Kommission‘ eine Finanzierung der Infrastruktur zu gewährleisten, die dauerhaft, verlässlich, auskömmlich und zukunftsfähig die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger sicher stellt. Dabei sind alle Verkehrsträger einzubeziehen. Neben dem Schutz von Klima, Umwelt und Ressourcen müssen Sicherheit, Bezahlbarkeit und Sozialverträglichkeit von Transport und Mobilität erhalten und auch künftig berücksichtigt werden.“

Hartmut Hamerich
Stellv. Vorsitzender